

Regionalforschung

110 Jahre organisierte Arbeiterbewegung 1887–1997. Sozialdemokraten in Strausberg* (Thesen)

Horst Klein

Die folgenden Thesen vermitteln einen Einblick in Forschungsergebnisse zur Geschichte eines SPD-Ortsvereins. Sie belegen, daß Sozialdemokraten auch in Strausberg nicht nur die Arbeiterbewegung begründeten, sondern seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts auch maßgeblichen Anteil an der sozialen und kulturellen Entwicklung der Stadt und deren Bürgerschaft haben. Ungeachtet der nach der Novemberrevolution von 1918 aufkommenden gegensätzlichen politischen Strömungen waren Sozialdemokraten prägend für die Entwicklung der Strausberger Arbeiterbewegung. Auch in den Jahren der faschistischen Diktatur und nach der Vereinigung von SPD und KPD im Frühjahr 1946 blieben sozialdemokratische Werte und Visionen erhalten. Sozialdemokratische Gesellschaftsauffassungen, Geistes- und Politikkultur repräsentieren das Streben mehrerer Generationen für eine bessere, für eine demokratisch und humanistisch gestaltete Gesellschaftsordnung.

1. Zu Beginn der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts begannen sich auf der Grundlage der kapitalistischen Entwicklung, nicht zuletzt unter dem Einfluß der Berliner Arbeiterschaft, auch in Strausberg erste Strukturen einer selbständigen Arbeiterbewegung herauszubilden. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Strausbergs entfalteten sich die sozialen Gegensätze und damit das Bedürfnis der Arbeiter nach eigenständigen Formen der politischen Organisation und Bildung, der selbständigen kulturellen und sportlichen Betätigung. Noch in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878-1890) bildeten sich in Strausberg mehrere sozialdemokratisch beeinflusste Vereine. Ende November 1887 ergriff der Tuchmachermeister Albert Pökelmann die Initiative zur Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins; dies war unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes die Geburtsstunde der Strausberger Sozialdemokratie. Sie gewann schnell an politischem Einfluß in der Bürgerschaft. So erhielt bei den Reichstagswahlen im Februar 1890 der sozialdemokratische Kandidat Otto Thierbach (Berlin) in Strausberg 48,5 Prozent, bei den Reichstagswahlen im Juni 1898 bekam der sozialdemokratische Kandidat Bernhard Bruns (Berlin) in Strausberg 58 Prozent der abgegebenen Stimmen. Zuvor sprach am 7. Mai 1898 August Bebel zu ca. 400 Strausberger Bürgern über die Ziele der deutschen Sozialdemokratie.

* Die Redaktion betrachtet dies zusammen mit den Thesen zur KPD-Geschichte in Jahrbuch 2002/1 als Diskussionsangebot und Aufforderung an weitere Vereine, Institutionen und Personen, ihre Forschungsergebnisse zur Geschichte der regionalen und örtlichen Arbeiterbewegung vorzustellen und zu debattieren.

Im Mittelpunkt der Parteiarbeit standen vor allem die politische Bildung der Mitglieder und Sympathisanten sowie die Beschäftigung mit den Grundfragen sozialdemokratischer Programmatik und Politik, so u.a. die Ziele des Sozialismus, Fragen der Sozialgesetzgebung, der Überwindung des Dreiklassenwahlrechts und des Ringens um Völkerfrieden, gegen Militarismus und Krieg. Die sozialdemokratische Parteiarbeit war bestimmt vom Bemühen, programmatische Grundidee und Standpunkte eng mit den praktischen kommunalpolitischen Aufgaben zu verknüpfen. Im Januar 1900 gelangten erstmalig Sozialdemokraten in das Stadtparlament. 1908 wurde Paul Schröder Stadtverordneter und wenig später auch der erste sozialdemokratische Stadtrat, der in den Kriegsjahren mit großer persönlicher Energie die Lebensmittelversorgung der Strausberger Bevölkerung organisierte und sicherte.

2. Mit der sich zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts immer deutlicher abzeichnenden Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges trat die Frage nach der Haltung der Sozialdemokratie zum Krieg in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Strausberger Sozialdemokraten orientierten sich an den antimilitaristischen Resolutionen der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907 und Basel 1912. In ihrem Sinne engagierten sie sich entschlossen gegen den Militarismus und für die Völkerverständigung. Als aber die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten gab und dies aus dem Glauben an einen "Verteidigungskrieg" gegen einen möglichen Sieg des russischen Despotismus tat, reflektierte sie die inzwischen aufgekommene Stimmung in großen Teilen der Arbeiterschaft, die in den Sog der "patriotischen" Haltung geraten war. Viele Arbeiter glaubten, Rußland sei der Aggressor, demgegenüber die Vaterlandsverteidigung geboten wäre. Auch die Mehrheit der Strausberger Arbeiterschaft bekannte sich zur "Vaterlandsverteidigung". Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Krieges erfolgte erst nach dem I. Weltkrieg bis Mitte der zwanziger Jahre.

3. Im Unterschied zur allgemeinen Nachkriegsentwicklung der SPD, die mehrheitlich starke Differenzierungen aufwies und sich bereits im April 1917 mit der Gründung der USPD gespalten hatte, konnte die Strausberger SPD ihre politische Geschlossenheit bis Januar 1919 bewahren. Erst unter dem direkten Einfluß der Berliner USPD-Agitationskommission kam es am 23. Januar 1919 zur Gründung eines USPD-Ortsvereins, dem zunächst Otto Hornburg, dann Karl Leuenberg vorstand. Den Vorsitz des SPD-Ortsvereins übernahm Karl Werner. Im Dezember 1920 entschieden sich Mitglieder der Strausberger USPD für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und konstituierten sich als Ortsgruppe der KPD. Eine deutliche Mehrheit der Strausberger Arbeiterschaft blieb jedoch dem SPD-Ortsverein verbunden. Die Kommunisten gerieten später zunehmend in das ideologische und politische Fahrwasser der stalinistischen Demagogie. Das von der KPD-Führung verbreitete Revolutionsbild und die These von der Rolle der Sowjetunion als Vaterland der Arbeiterschaft aller Länder und nicht zuletzt die unrealistische Forderung nach Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik beeinflussten die Gegensätze in der Strausberger Arbeiterschaft. Die Strausberger Sozialdemokraten bemühten sich zu-

nächst um eine sachliche Zusammenarbeit mit der KPD-Ortsgruppe. Dessen ungeachtet wurden sie von der KPD-Ortsgruppe, die der Moskauer Diktion folgte, seit Mitte/Ende der 20er Jahre als Sozialverräter und seit 1928 als Sozialfaschisten diffamiert. Ungeachtet aller politischen und ideologischen Erschwernisse in den Jahren der Weimarer Republik wurde die SPD in Strausberg wählerstärkste Partei und mit durchschnittlich 300 Mitgliedern im Ortsverein die zahlenmäßig stärkste Partei in der Stadt.

4. Kultur, Bildungsarbeit und Massensport waren Wirkungsfelder Strausberger Sozialdemokraten, auf denen sie ihr Engagement für ein solidarisches und selbstbewußtes Leben in der Arbeiterschaft einbrachten und so ihren Einfluß in der Bürgerschaft sicherten. Stets verknüpften sie die sozialistische Bildungsarbeit mit der kulturellen und sportlichen Betätigung. Auf diese Weise bewirkten sie einen breiten Zusammenschluß der Arbeiterfamilien, die aktive Einbeziehung der Frauen und Kinder in das soziale Leben der Stadt. Der Männer- bzw. Arbeiter-Turnverein "Vorwärts" widmete sich sowohl der körperlichen Ertüchtigung seiner Mitglieder als auch der Aufführung anspruchsvoller Theaterstücke. Er bot auch die Sphäre für die Einbeziehung und Aktivierung der bis 1919 weitestgehend aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossenen Arbeiterfrauen, er mobilisierte und politisierte sie. Das Gleiche galt für die Arbeiterjugend. Die unversöhnlichen Gegensätze in der Strausberger Arbeiterbewegung führten im Jahre 1929 zur Spaltung des Arbeiter-Turnvereins "Vorwärts", in dem die KPD mehrheitlich an Einfluß gewann. Die Sozialdemokraten gründeten 1930 die "Freie Sportvereinigung".

Eine wichtige Rolle im kulturellen Leben der Stadt spielte der 1891 gegründete sozialdemokratische Gesangverein "Liedesfreiheit". Zunächst als Männerchor gebildet, ab 1919 als gemischter Chor mit ca. 80 Sängerinnen und Sängern sowie einem Orchester mit 36 Musikern und später auch mit einem Kinderchor, leistete der Verein einen Beitrag zur Herausbildung und Pflege der Arbeiterkultur in Strausberg. Unter dem Druck des Faschismus mußte er sich 1934 auflösen. Im Juli 1945 konnte sich der Chor zwar nicht als Verein, jedoch als "antifaschistische Singgemeinschaft" wieder gründen. Den alten Sozialdemokraten gelang es noch bis Anfang der fünfziger Jahre, die kulturellen und solidarischen Traditionen zu pflegen, die später zunehmend vom herrschenden Kulturanspruch überdeckt wurden. Anfang der sechziger Jahre kam es zum Zusammenschluß des Chores mit der Eggersdorfer Chorgeinschaft zum FDGB-Chor, der sich seit 1990 als Gemischter Chor vorstellt.

5. Die Arbeit mit den Wählern gehörte auch in Strausberg zum Kern sozialdemokratischen Demokratie- und Politikverständnisses. Auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 blieb der Wahlverein als eigenständige Organisationsform für die sozialdemokratische Arbeit mit den Wählern bestehen. Neben dem Ortsverein organisierte er die Wahlveranstaltungen. Wählerarbeit erfolgte nicht nur vor anstehenden Wahlen, sondern im Verlaufe der gesamten Legislaturperiode. Abgeordnete und künftige Kandidaten berichteten über Ergebnisse, Probleme und Ziele sozialdemo-

kratischer Arbeit in den verschiedenen Parlamenten und festigten so das Vertrauen der Wähler. Ebenso führte die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament regelmäßig Versammlungen und Aussprachen mit ihren Wählern durch. Das entsprach dem sozialistischen Demokratieverständnis und bewirkte ein zunehmend größeres und stabileres Wählerpotential.

Das kommunalpolitische Engagement war von Anbeginn das entscheidende Politikfeld Strausberger Sozialdemokraten, die sich für die stete Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Bürgerschaft einsetzten. In der Weimarer Republik stellten sie in der Stadtverordnetenversammlung die stärkste Fraktion. Mit fachkundigen Vorlagen halfen sie die Entscheidungsfindung und die Arbeit des Magistrats zu qualifizieren und möglichst unbürokratisch Lösungen durchzusetzen. Zu den herausragenden Beispielen zählt neben den zahlreichen Sozialeinrichtungen der Stadt (Krankenhaus, schulmedizinische Betreuung der Kinder, Kinderpflege- und Betreuungseinrichtungen, Altenpflegeheim, Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt u.a.) das im September 1930 eingebrachte Notstandsprogramm zur Linderung der sozialen Not und Arbeitslosigkeit in Strausberg. Mit seiner Verwirklichung wurden infolge des sozialen Wohnungsbaus am Mittelweg (Friedrich-Ebert-Straße) und den damit verbundenen Kanalisationsarbeiten sowie durch Straßenbau und umfangreiche Forstarbeiten Arbeitsplätze geschaffen und die soziale Lage einer Reihe von Bürgern verbessert.

6. Die schwerwiegenden Folgen der Spaltung der Arbeiterbewegung für den Verlauf der Novemberrevolution und für die Ohnmacht gegenüber dem Faschismus waren auch in der Strausberger Arbeiterbewegung unübersehbar. Beide Parteien, SPD und KPD, wiesen der jeweils anderen Seite die Schuld zu. Die damit verbundenen politisch gegensätzlichen Denkmuster belasteten das Verhältnis zwischen dem SPD-Ortsverein und der KPD-Ortsgruppe und schwächten die örtliche Arbeiterbewegung. Die KPD rechtfertigte ihre antisozialdemokratische Haltung, indem sie auf die verhängnisvolle Militärpolitik Noskes und das Ausbleiben der versprochenen Sozialisierung verwies. Demgegenüber sahen Sozialdemokraten keine Chancen für ein Räte-System und für eine sofortige Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Letztlich fürchteten sie, eine radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse würde ähnlich wie in Rußland zur Zerrüttung der Gesellschaft, zu Not und Elend führen statt zu einer demokratischen und den sozialen Lebensinteressen der Menschen gerecht werdenden Ordnung. Indessen setzten Sozialdemokraten, die in den Jahren der Weimarer Republik im Reichstag keine parlamentarische Mehrheit besaßen, auf die aktive Gestaltung der Demokratie und der sozialen Lebensbedingungen der Menschen, ohne den gegebenen Handlungsspielraum auszuschöpfen und die erreichten Fortschritte in den tatsächlichen Machtverhältnissen verankern zu können. Als Konsequenz mußten sie mit dem Vorwurf leben, die Demokratie und die sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution nicht im erforderlichen und möglichen Maße durchgesetzt und verteidigt zu haben.

Folgschwer war auch die gegensätzliche Bewertung der russischen Oktoberrevolution 1917 und des daraus hervorgegangenen Sowjetsystems einerseits und die Hal-

tung zu der aus der deutschen Novemberrevolution 1918 hervorgegangenen Weimarer Republik bzw. Demokratie andererseits. Während die KPD-Ortsgruppe in der Sowjetunion das historische Leitbild für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale sah und die Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik forderte, reflektierten Strausberger Sozialdemokraten die Einschätzungen der internationalen Sozialdemokratie über die russischen Zustände, den bolschewistischen Terror und die blutige Gewalt, insbesondere den gegenrevolutionären Charakter der stalinistischen Diktatur. Sozialdemokraten machten geltend, daß es in Deutschland nicht um die Einführung russischer Verhältnisse gehen kann, sondern daß die verfassungsgemäße Ausgestaltung der Demokratie und die Sicherung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution das Gebot der Zeit sei. Die hier skizzierten ideologischen Gegensätze, die sich in Strausberg bis März 1933 noch verhärteten, verhinderten ein antifaschistisches Bündnis beider Arbeiterparteien.

7. Strausberger Sozialdemokraten bekannten sich zur Weimarer Republik, der ersten parlamentarischen Republik Deutschlands, und zu der am 11. August 1919 von Friedrich Ebert unterzeichneten Verfassung. Sie waren sich dessen bewußt, daß die Stabilität und Funktionstüchtigkeit des werdenden demokratischen Systems wesentlich von den Parteien abhängt. Sie verstanden sich als Republikaner, die die junge Republik demokratisch ausgestalten und verteidigen wollten, obgleich diese noch nicht den sozialdemokratischen Idealen entsprach. Alljährlich veranstaltete der SPD-Ortsverein eine Verfassungsfeier, um die Strausberger für die politische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben und für die Republik zu gewinnen. Zu diesem Zweck gründeten sie am 1. September 1924 gemeinsam mit Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei und der Zentrumspartei eine Kameradschaft der sozialdemokratisch dominierten Schutzorganisation "Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold" und im Januar 1932 die Eiserne Front. Reichsbanner und Eiserne Front waren vor allem gegen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der monarchistischen und nationalistischen Parteien und Vereine gerichtet. Ebenso wandten sich Strausberger Sozialdemokraten gegen die unrealistischen Positionen der KPD-Mitglieder, die für den Sturz der bürgerlichen Demokratie und die Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik eintraten.

8. Nach dem am 27. Februar 1933 von SS und SA gelegten Reichstagsbrand, der als Signal zur Beseitigung der Weimarer Demokratie galt, setzte eine Kampagne der zügellosen Verfolgung der KPD und SPD, ihrer Mitglieder und Funktionäre ein. Ihre Zeitungen und Druckschriften wurden in Preußen verboten. Mit Notverordnungen wurden zahlreiche Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt, u.a. das Recht der persönlichen Freiheit, die Pressefreiheit und das Versammlungs- und Vereinsrecht. Unter diesen Bedingungen fanden am 5. März 1933 die Reichstags- und Landtagswahlen statt. Ergebnisse in Strausberg: Reichstagswahl - SPD 1226, KPD 1173, NSDAP 2520, Deutschnationale Partei 1114 Stimmen; Landtagswahl - SPD 1206, KPD 1168, NSDAP 2451, Deutschnationale 1095 Stimmen.

Am 5. März 1933 übernahmen die Nazis in Strausberg die Stadtverwaltung. Die KPD-Mandate wurden von vornherein annulliert, die der SPD zunächst formell geduldet, doch wurden die Mandatsträger zum Verzicht genötigt. Demagogisch sprach die Nazi-Propaganda von "freiwilliger Selbstaflösung" sozialdemokratischer Vereine und vom "freiwilligen" Verzicht der Sozialdemokraten auf ihre Mandate im Stadt- und Kreisparlament. Am 11. März wurde der sozialdemokratische Bürgermeister von seinem Amt entbunden und am 13. März die Ortsgruppe des Reichsbanners aufgelöst. In den darauf folgenden Wochen waren die namhaften Sozialdemokraten Hausdurchsuchungen und der Verfolgung ausgesetzt. Am 23. Juni wurde die SPD in Deutschland verboten. Wie in anderen Orten wurde das Eigentum der Strausberger SPD und des Reichsbanners beschlagnahmt. Zehn sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet und im Konzentrationslager Oranienburg bzw. Sonnenburg eingesperrt. Zu den im März erstverhafteten Sozialdemokraten gehörte der namhafte Parteiredakteur und stellvertretende Bürgermeister Richard Hauschildt, dessen Leidensweg in den Tod führte. Einige Sozialdemokraten wurden nach ihrer Entlassung aus dem Konzentrationslager gezwungen, mit ihren Familien den Wohnort zu wechseln. Im "Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert" wird an das aufrichtige Leben und Wirken von Hermann Arndt, Richard Hauschildt, Georg Kurtze und Arthur Wellnitz erinnert.

9. Am 21. April 1945 erfolgte die Befreiung Strausbergs durch die Rote Armee. Die Wiederzulassung der KPD und SPD stand unter dem Einfluß und der Kontrolle der sowjetischen Militärkommandantur. Die Strausberger KPD-Funktionäre vertraten die Auffassung, sofort die Diktatur des Proletariats zu errichten und nur noch eine Arbeiterpartei, die KPD, zuzulassen. Da dies den taktischen Vorgaben der SMAD widersprach, mußten sie sich vorerst einer Zusammenarbeit mit der SPD beugen. Am 21. Juni begannen 14 alte Sozialdemokraten mit dem Wiederaufbau ihres Ortsvereins. Am 18. Juli fand die erste Ortsvereinsversammlung statt, die erneut Karl Werner zum 1. Vorsitzenden wählte. Dr. Alfred Schneider wurde 2. Vorsitzender, Arthur Wellnitz Schriftführer, Hermann Arndt Kassierer, Richard Gottschling 1. und Max Weiß 2. Beisitzer. Elsa Edenfeld-Vermum bekam die Frauenarbeit übertragen und Else Kluge übernahm die Funktion der Sekretärin.

Die Sozialdemokraten, die überwiegend eine gute Allgemeinbildung sowie Erfahrungen in der Kommunalpolitik und Verwaltungsarbeit besaßen, engagierten sich politisch-kooperativ für den Aufbau einer demokratischen Verwaltungsstruktur. Im Mittelpunkt standen Aufgaben der Wiederherstellung der für das Leben der Stadtbevölkerung notwendigen sozialen Voraussetzungen, der Ordnung, Sicherheit und Versorgung. Der SPD-Ortsverein kam im September 1945 bereits wieder auf 81 Mitglieder. Zum strittigen Problem der Vereinigung von SPD und KPD gab es sowohl Zustimmung wie auch starke Vorbehalte. Es waren vor allem ältere Sozialdemokraten, die sich der in der SPD bis 1933 besprochenen Einschätzungen der russischen Verhältnisse erinnerten und starke Bedenken gegen die Einheitspartei vorbrachten. Wie kompetente Zeitzeugen berichten, sollen die Einwände zur "Vereinigung" in keinem Ort des Kreises Oberbarnim so bewußt eingebracht worden

sein wie in Strausberg. Unter dem Druck der KPD und der sowjetischen Militärkommandantur beschlossen am 8. Februar 1946 Funktionäre beider Ortsvereine und im März eine gemeinsame Mitgliederversammlung die Vereinigung zur SED. Bis April 1946 erklärten noch zahlreiche Strausberger demonstrativ ihren Eintritt in die SPD. Der SPD-Ortsverein kam wieder auf seine traditionelle Stärke von ca. 300 Mitgliedern, die KPD-Ortsgruppe vereinte ca. 80 Mitglieder.

10. Unmittelbar nach der unter Druck erfolgten SED-Gründung wurde für Sozialdemokraten spürbar, daß die Vereinigung mit der stalinistisch eingebundenen KPD einer Zwangsoption entsprach, die unter der Flagge der "Einheit der Arbeiterbewegung" auf die Vernichtung der Sozialdemokratie hinauslief. Stalinismus und demokratische Arbeiterbewegung erwiesen sich als antagonistische Gegensätze. Das zutiefst antikommunistische und konterrevolutionäre Wesen des Stalinismus blieb damals vielen Mitgliedern der SED und auch früheren Sozialdemokraten verborgen. Jene Mitglieder, die die wahren Zusammenhänge der Verteufelung des Sozialdemokratismus erkannten, wurden aus der SED ausgeschlossen, oder sie zogen sich aus dem politischen Leben zurück. Viele frühere SPD-Mitglieder waren der Verfolgung ausgesetzt, wie Arthur Wellnitz, der im Januar 1947 vom KGB mit dem Vorwurf des Antisowjetismus verhaftet wurde und 1948 im NKWD-Lager Sachsenhausen verstarb. Permanent aufflammende Unzufriedenheit mit dem bürokratischen Zentralismus und Dogmatismus und die damit einhergehenden Bestrebungen, eine demokratisch-sozialistische Kultur neu zu beleben, wurden mit dem Vorwurf des Sozialdemokratismus und Opportunismus unterdrückt, politisch und juristisch verfolgt. Diesem Ziel diente auch die von der SED-Führung in den Jahren 1950/51 veranlaßte Parteiüberprüfung. Der militante Kampf gegen den so genannten Sozialdemokratismus offenbarte die weitgehende Abkehr der SED von den sozialistischen Idealen der deutschen Arbeiterbewegung. Dessen ungeachtet keimten sozialdemokratische bzw. am Marx'schen Werk orientierte, demokratische Sozialismusauffassungen in der SED immer wieder auf, sie blieben bis zum Zusammenbruch der SED erhalten. Die in allen Lebensbereichen der DDR-Gesellschaft immer offener erkennbaren dekadenten Erscheinungen und die unter dem Druck der Friedenssicherung erzwungene außenpolitische Öffnung der DDR, insbesondere der politische Dialog zwischen SPD und SED (SPD/SED-Papier: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit 1987) stimulierten das demokratische bzw. alternative Denken in der SED. Nicht zuletzt erklärt dies die sofortige Präsenz einer sozialdemokratischen Plattform in der SED nach dem Sturz Erich Honeckers, die allerdings in Strausberg keine organisatorische Basis fand und bald zerfiel.

11. Mit der historischen Wende in der DDR 1989/1990 und dem Zusammenbruch ihres politischen Systems schlossen sich auch in Strausberg oppositionelle Kräfte im "Neuen Forum" zusammen. Im Januar 1990 bildete sich ein Gründungskomitee für den Wiederaufbau des SPD-Ortsvereins. Die erste öffentliche SPD-Versammlung, an der ca. 200 Bürger teilnahmen, fand am 5. Februar 1990 statt. In einer lebhaften

und sachlichen Diskussion wurden erste konzeptionelle Vorstellungen für ein sozialdemokratisches Politikangebot vorgetragen. Zu den formulierten Aufgaben gehörten die Herausbildung einer Solidargemeinschaft, das Eintreten für eine ökologische Politik zum Schutze der Gesundheit, die Humanisierung der Arbeit und die Bekämpfung der drohenden Arbeitslosigkeit. Die ersten Versammlungen und Veranstaltungen des SPD-Ortsvereins, der zunächst 15 Mitglieder vereinte, fanden bei vielen Sympathisanten Zuspruch. Zahlreiche frühere Mitglieder der SED wollten sich der SPD anschließen, sie fanden jedoch keine mehrheitliche Zustimmung im Ortsverein. Einige der abgewiesenen Interessenten für die SPD bildeten dann die "Unabhängige freie Wählergemeinschaft".

Im Unterschied zu anderen im Werden und in der Umstrukturierung begriffenen Parteien konnte die politisch wenig erfahrene und zahlenmäßig kleine sozialdemokratische Gruppe nicht auf das in zurückliegenden Jahrzehnten vergrabene Erbe und traditionelle Kulturgut der Partei zurückgreifen. Die Lebenswurzeln der hiesigen Sozialdemokratie waren gekappt, deren einstiges Schriftgut vernichtet bzw. nach 1946 "gesäubert", ihre Geschichte vergessen. In der SED-Geschichtsschreibung galten auch Strausberger Sozialdemokraten als Opportunisten bzw. Verräter. Dogmen verdrängten das humanistische Menschenbild sozialdemokratischen Denkens und Handelns. Einzelne Namen von SPD-Mitgliedern wurden lediglich beansprucht, um das dogmatische und vom kommunistischen Pragmatismus gezeichnete Geschichtsbild zu unterlegen. Aus diesen und weiteren Gründen waren die politischen Startbedingungen des Ortsvereins 1990 sehr kompliziert. Und doch gelang es den Aktivisten des Wiederaufbaus des Ortsvereins, programmatische Ziele der Partei öffentlich zu machen, die damals politisch verunsicherten Bürger anzusprechen und viele von ihnen für den politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Prozess einer demokratischen Umgestaltung zu gewinnen. Im Ergebnis der demokratischen Wahlen 1990 konnte die SPD im Stadtparlament 9 von 35 Mandaten und das Amt des Bürgermeisters bereits für zwei Legislaturperioden besetzen und ab 1996 den 2. Beigeordneten stellen.

12. Neben der eigenen Identitätsfindung galt es, das Verhältnis zu den anderen sich neu etablierenden Parteien und Organisationen zu bestimmen. Als besonders schwierig erwies sich die Klarstellung des Verhältnisses zu dem zahlenmäßig starken und politisch erfahrenen sowie organisatorisch sicher geführten PDS-Stadtverband. Mit noch unsicherem politischen Selbstbewußtsein neigten einzelne Mitglieder des Ortsvereins dazu, sich vornehmlich auf den vermeintlichen politischen Gegner fixieren und die Profilierung der eigenen Identität und Ziele vernachlässigen zu müssen. Dies bewirkte eine Art Selbstabschottung statt politisch vertrauensvoller Öffnung. Ebenso schwierig war die Meinungsbildung zu kommunalpolitischen Fragen, die nicht immer von Solidarität und Toleranz geleitet war. Ein produktives Miteinander von Fraktion und Ortsverein galt es zu erlernen und zu gestalten. Neben Fortschritten gab es zuweilen ein stagnierendes Dasein. Dies hatte einen sehr verhaltenen Mitgliederzuwachs zur Folge.

Sehr hilfreich war das Auftreten namhafter Landes- und Bundespolitiker der SPD in öffentlichen Parteiveranstaltungen und aus Anlaß der Förderung wirtschaftlicher und sozialer Projekte. Leuchtzeichen sozialdemokratischer Kommunal- und Koalitionspolitik sind das in den 90er Jahren erbaute neue Städtische Krankenhaus, das Oberstufenzentrum, das neue Feuerwehrhaus sowie die bisher vollzogene Rekonstruktion bzw. Instandsetzung der Plattenbauten und die architektonische Neugestaltung des gesamten Stadtbildes.

13. Die innerparteiliche demokratische Entwicklung und öffentliche Ausstrahlung des Ortsvereins bekam Mitte der 90er Jahre einen auch von der Bürgerschaft reflektierten Aufwind, der zu einem spürbaren Anwachsen der Wählerschaft führte. Mit Interesse verfolgten große Teile der Bürgerschaft, insbesondere die demokratischen Parteien und Vereine, die langfristige Vorbereitung und die Ausgestaltung des 110-jährigen Gründungsjubiläums des Ortsvereins im Oktober 1997. Die aus diesem Anlaß bis März 1998 im Heimatmuseum gezeigte Sonderausstellung fand eine gute Resonanz und veranschaulichte den Besuchern die wiedergewonnene Identität der Strausberger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die im genannten Zeitraum erreichte Festigkeit und das solidarische Miteinander im Ortsverein führten zu dem bisher größten Wählerzuwachs bei den Kommunal- und Bundestagswahlen im Herbst 1998. Andererseits schlummerten im Ortsverein nach wie vor politische und menschliche Entwicklungsprobleme, die mit der Neuwahl des Vorstands im Januar 1999 erneut aufbrachen und den Ortsverein destabilisierten. Am deutlichsten offenbarte sich dies im Ausgang der Landtagswahlen 1999. Die Unterschätzung einer inhaltlichen Orientierung hatte bei den Bürgermeisterwahlen im Februar 2002, bei denen der SPD-Kandidat lediglich 10 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen bekam, einen in der hiesigen Parteigeschichte nicht gekannten Vertrauensverlust zur Folge.

14. Vor allem im Zusammenhang mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien kam es im März 1999 zu öffentlich erkennbaren gegensätzlichen Positionen. Während sich ein beachtlicher Teil des Ortsvereins klar gegen die Kriegspolitik aussprach und zu der vom Bürgermeister öffentlich erklärten und von einer demokratischen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung mitgetragenen Antikriegshaltung bekannte, entschieden sich Ortsvereinsvorsitzender und Fraktionsvorsitzende sowie weitere fünf Fraktionsmitglieder für den Bombenkrieg gegen Jugoslawien. Die Antikriegsfraktion des Ortsvereins fand Unterstützung durch den Geschichtsverein, insbesondere durch die von ihm öffentlich gemachten Antikriegsthesen sowie dem später veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquium "Zur Kriegsfrage in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan und die alternative Sicht". Die klare Antikriegshaltung namhafter Mitglieder des Ortsvereins fand zwar in der Öffentlichkeit großen Zuspruch; sie konnte jedoch den im Ortsverein eingetretenen Identitätsverlust nicht grundsätzlich verhindern oder ausgleichen. Die weit reichende Bedeutung der Kriegsfrage in der Sozialdemokratie zeigte sich auch nach dem Terroranschlag

vom 11. September 2001 klar als eine Frage der Haltung zu Humanität und Gewalt. Unstrittig waren die Verurteilung und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie die notwendige Aufhellung und Überwindung seiner sozialen Ursachen. Damit verband sich für viele Sozialdemokraten die Stimme der Vernunft, den Terrorismus nicht mit dessen eigener Logik, nicht mit Rache oder Strafaktionen, nicht mit Bombenkrieg gegen ein Volk, sondern mit zivilisierten Mitteln zu bekämpfen. Indessen begründet sich die Antikriegshaltung einerseits und die Akzeptanz von militärischer Gewalt als *ultima ratio* andererseits aus dem traditionellen sozialdemokratischen Werteverständnis.

Die 115-jährige Geschichte der Strausberger Sozialdemokratie vermittelt einen Einblick in die sozialen Kämpfe, das soziale Milieu, die Vielfalt des sozialdemokratischen Vereinslebens und die Verbindungen der SPD zur Bürgerschaft in Strausberg.